

Wahlprüfstein DIE LINKE

**Berufsverband der Kinder- und Jugendlichen-
Psychotherapeutinnen und -therapeuten e.V.
Brunnenstraße 53, 65307 Bad Schwalbach**

bkj - Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017

1. Wie ist Ihre Einschätzung zur aktuellen psychotherapeutischen Versorgung, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen und welche Anforderungen stellen Sie an die anstehende Bedarfsplanungs-Reform diesbezüglich?

Die psychotherapeutische Versorgung ist nach Einschätzung der LINKEN nicht flächendeckend gesichert. In vielen Regionen Deutschlands müssen lange Wartezeiten und/oder lange Wege in Kauf genommen werden. Die Therapie über die Kostenerstattung nach § 13 Absatz 3 SGB V, die Versorgungslücken innerhalb des GKV-Systems abgefangen hat, scheint teilweise von den Krankenkassen restriktiver gehandhabt zu werden, sodass im Zweifelsfall nur die Privatzahlung oder, wer sich dies nicht leisten kann, nur der Verzicht auf die Therapie bleiben. Die letzte Reform der Bedarfsplanung hat zwar zusätzliche Sitze gebracht, doch auch so wird der Bedarf nicht gedeckt. Dies liegt nach Ansicht der LINKEN auch daran, dass der Behandlungsbedarf nie wissenschaftlich fundiert ermittelt wurde. Die heute gültigen Verhältniszahlen gehören auf den Prüfstand und müssen den von uns überwiegend positiv bewerteten veränderten Umgang mit psychischen Erkrankungen berücksichtigen. Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat zur Reform der Bedarfsplanung detaillierte Vorschläge vorgelegt (siehe Antrag „Wohnortnahe Gesundheitsversorgung durch bedarfsorientierte Planung sichern“ auf Bundestagsdrucksache 18/4187).

2. Sollen die Kinderrechte im Grundgesetz verankert werden?

Nach Auffassung der LINKEN gehören Kinderrechte ins Grundgesetz. Dafür setzen wir uns seit langem ein und haben wiederholt Formulierungsvorschläge vorgelegt. DIE LINKE bedauert, dass die parlamentarischen Mehrheiten hierfür nicht genutzt wurden.

3. Wie können Kinder mehr vor (auch sexualisierter) Vermarktung (wie bspw. in der Werbung) geschützt werden?

Die Problematik ist der LINKEN bewusst. Generell müssen Kinder vor Verwertung ihrer Persönlichkeit geschützt werden.

4. Halten Sie eine Überarbeitung des Präventionsgesetzes, insbesondere auch zu Schwerpunkten wie seelische Gesundheit, Gewaltprävention und Stärkung des Selbstwertes für Kinder für nötig?

Für die Wahrung der psychischen Gesundheit sind die Lebensbedingungen der Kinder und ihrer Eltern entscheidend. Insbesondere der gesellschaftlichen Partizipation, sowohl materiell als auch von der Bildung her, kommt da wesentliche Bedeutung zu. DIE LINKE verfolgt eine Politik, die insbesondere in diesen Punkten Ausgrenzung verhindern, den Menschen Chancen eröffnen will als Paket einer sozial gerechten Gesamtpolitik. Weder Gesundheits-, noch Kinder- und Jugendpolitik können für sich isoliert diese Aufgaben bewältigen. Sie helfen nur begrenzt. Dafür ist neben einer Stärkung der Rechte von Kindern, Jugendlichen und Familien eine bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen notwendig. Guter Kinderschutz braucht verlässliche Strukturen auch der Zusammenarbeit. Ein guter Kinderschutz braucht daher eine starke Kinder- und Jugendhilfe vor Ort sowie engagierte Ärztinnen und Ärzte.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, eine Novelle des SGB VIII in Ruhe in der 19. Wahlperiode anzugehen. Hierbei setzen wir auf eine Stärkung der Rechte von Kindern, Jugendlichen und Familien im SGB VIII.

Die Frage bzgl. Gewalt in Schulen, auf Schulhöfen, in Horten und auf Schulwegen lässt sich nicht einfach beantworten. Die Ursachen sind ebenso vielfältig, wie mögliche präventive Ansätze auf verschiedenen Ebenen. Unerlässlich hierbei sind gut ausgebildetes Fachpersonal in Kitas, Schulen und Horten, aber auch eine gute soziale öffentliche Infrastruktur sowie eine starke professionell agierende Kinder- und Jugendhilfe, die bspw. mittels Beratungsangeboten in den Stadt- bzw. Ortsteilen präsent ist, mit Netzwerken etc. Zugang zu den Familien unterhält, die Unterstützung oder Rat suchen. In der Schule brauchen wir multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit. Hierfür muss die Politik die Rahmenbedingungen schaffen.

5. Wie schätzen Sie den derzeitigen Stand der frühkindlichen Betreuung (insbesondere U3) ein, auch unter Qualitätsgesichtspunkten (Gruppengröße, Betreuungsschlüssel), was sollte dafür noch mehr getan werden?

Im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Förderungen bestehen nach wie vor große Defizite sowohl unter qualitativen wie

auch quantitativen Gesichtspunkten. Besonders auffällig hierbei sind die unterschiedlichen Standards, die Teils von Kommune zu Kommune variieren. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, da nicht sein darf, dass Kinder abhängig von ihrem Wohnort vollkommen unterschiedliche Bedingungen in der Frühförderung und Betreuung vorfinden. Zu dem fehlen zeitnah bis zu 350.000 Plätze.

DIE LINKE fordert seit langem ein Kitaqualitätsgesetz und hat hierfür als erste Fraktion im Deutschen Bundestag ein Konzept vorgelegt (18/2605 bzw. 18/12164). Mehr Qualität und den Abbau bestehender Defizite gibt es nur, wenn der Bund sich seiner Verantwortung zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse stellt. Der zusätzliche finanzielle Bedarf liegt bei jährlich über 10 Mrd. Euro. Daher muss der Bund in die Regelfinanzierung der frühkindlichen Betreuung und Förderung einsteigen.

6. Sollte ein erneuter Anlauf zur Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetzes in der nächsten Legislaturperiode genommen werden; wie stehen Sie zur sog. ‚Großen Reform‘?

DIE LINKE streitet für ein Kinder- und Jugendhilfegesetz, das Rechtsansprüche von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien stärkt. DIE LINKE hat als einzige parlamentarische Kraft im Bundestag mit zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen, intensivem Austausch mit Expertinnen und Experten, Verbänden und den Beschäftigten sowie in Fachgesprächen in der Kinderkommission die Situation in der Kinder- und Jugendhilfe näher betrachtet und Risiken und Chancen einer Novelle der Kinder- und Jugendhilfegesetzes erörtert. Die Reformvorschläge der Bundesregierung zum Kinder- und Jugendhilfegesetz haben einen massiven Abbau von Leistungen und Rechtsansprüchen beinhaltet und wurden von weiten Teilen der Fachwelt abgelehnt. Gemeinsam mit zahlreichen anderen Akteuren und Verbänden konnte eine Zerschlagung des bestehenden Kinder- und Jugendhilfegesetz verhindert werden, so dass die Debatte in der nächsten Wahlperiode fortgesetzt werden wird. Eine Reform des Kinder- und Jugendhilfegesetz muss auf Grundlage bestehender Defizite erfolgen und darf nicht zu Lasten der Schwächsten unserer Gesellschaft gehen. Gleichzeitig setzt sich DIE LINKE für eine inklusive Lösung ein. Daher setzt sich DIE LINKE für die Einrichtung einer Enquete-Kommission im nächsten Deutschen Bundestag ein, in der eine Bestandsaufnahme zum Status Quo erfolgt (18/12974).

7. Wie stellen Sie sich einen besseren Patientenschutz angesichts zweifelhafter therapeutischer Angebote im Rahmen von Trauma-Behandlungen vor, welche Gesetzesänderungen sollten ggf. dafür ergriffen werden?

Dass der Begriff Psychotherapie gleichermaßen für akademisch aus- und weitergebildete Psychotherapeut*innen, für Heilpraktiker*innen für Psychotherapie ohne Ausbildungsanforderung und auch für Ärzt*innen mit nur kurzer Zusatzqualifikation (z.B. in der Frauen- und der Zahnheilkunde) verwendet wird, ist für hilfesuchende Menschen oftmals verwirrend und sollte überdacht werden. Hilfesuchende sollten klar erkennen können, welche Qualifikation die Anbieter vorweisen können, um eine selbstbestimmte Entscheidung treffen zu können.

Wenn durch bestimmte Therapiemethoden die Gesundheit der Patientinnen und Patienten gefährdet wird, ist die Aufsicht (in der Regel Länderbehörden) aufgefordert, einzuschreiten.

8. Unterstützen Sie Initiativen zur besseren finanziellen Ausstattung zur Aufarbeitung sexuellen Missbrauchs sowohl in Familien als auch in Institutionen (z.B. Runde Tische etc.) und für nachhaltige Beratung und Aufklärung zu dem Thema?

Wir unterstützen die Initiative "Kein Raum für Missbrauch" des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs zu Schutzkonzepten in Schulen und Kindereinrichtungen. Der Implementierung von Schutzkonzepten in allen Einrichtungen, wo sich Kinder aufhalten, kommt eine Schlüsselrolle für die Prävention zu. Darüber hinaus halten wir eine verstärkte Aus-, Fort- und Weiterbildung der beschäftigten Fachkräfte zur Sensibilisierung im Hinblick auf sexuelle Gewalt und ihre Folgen für dringend notwendig. DIE LINKE wird sich auch weiterhin für einen flächendeckenden Ausbau, die finanzielle und personelle Absicherung und die Regelfinanzierung der Fachberatungsstellen gegen sexuellen Missbrauch einsetzen.

9. Welche Neuerungen und Erweiterungen sollten bei einer Weiterentwicklung der Psychotherapie-Richtlinien bedacht werden?

DIE LINKE fordert, die Richtlinientherapie zügig an den aktuellen Stand des Wissens anzupassen. Als politische Fraktion stehen wir zur fachlichen Unabhängigkeit der Selbstverwaltung und nehmen fachlich wissenschaftliche Einschätzungen nicht selbst vor. Wenn jedoch keine neuen Leistungsansprüche bei den Patientinnen und Patienten ankommen, weil etwa der Gemeinsame Bundesausschuss Beratungen verschleppt oder keine entsprechenden Anträge gestellt werden, sollte gesetzgeberisch eingegriffen werden. Wir begrüßen, dass nun mit der systemischen Therapie ein weiteres Verfahren gute Chancen hat, in die Regelversorgung zu gelangen.

10. Wie ist Ihre Stellung zu folgenden Punkten bezüglich der anstehenden Reform der Psychotherapeuten-Ausbildung bei einer ‚Direkt-Ausbildung‘ durch ein (Approbations-)Studium:

- zur Sicherstellung ausreichender KJP-Inhalte im Studium und den Praxisanteilen, da die zukünftige Approbation alle Altersgruppen umfassen wird.
- zur zukünftigen Beteiligungsmöglichkeit der Hochschulen für angewandte Wissenschaften bei der Etablierung der Studiengänge zur Ausbildung
- zur Sicherstellung ausreichender finanzieller Mittel für die Etablierung der Studiengänge und für die Weiterbildung (stationär und ambulant)
- zur Entwicklung von Konzepten hinsichtlich der Beteiligung der Jugendhilfe in der Ausbildung
- zur Schaffung von Übergangsregelungen für die voraussichtlich noch 10 - 12 Jahre andauernde Übergangszeit (hier vor allem: einheitlicher Master-Zugang und Bezahlung der Prakt. Tätigkeit)

Wir bedauern sehr, dass die überfällige Neukonzeption der Psychotherapie-Ausbildung verschleppt und nun vor der Bundestagswahl nicht mehr zum Abschluss gebracht wurde. Schon jetzt wäre eine schnelle Übergangsregelung für die heutigen Psychotherapeut*innen und Ausbildung (PiA) notwendig gewesen. Doch nun bleiben die untragbaren Zustände für weitere Monate und Jahre bestehen, was wir scharf kritisiert haben.

DIE LINKE befürwortet ein gebührenfreies Direktstudium mit Berufserlaubnis (Approbation) und -befähigung und anschließender Weiterbildung. Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten in Weiterbildung sind analog zu Ärztinnen und Ärzten in Weiterbildung zu honorieren. Auch wenn der neue Studiengang auf ein bestimmtes Arbeitsfeld hin ausbildet, legen wir großen Wert auf eine fundierte methodisch-wissenschaftliche Ausbildung im Studium. Das Leistungsspektrum in der Psychotherapie wird sich wie auch in anderen Fachgebieten weiterentwickeln. Die Richtlinientherapie in der GKV muss an den Stand des Wissens angepasst und das Studium und die Weiterbildungsangebote entsprechend das gesamte Spektrum der wissenschaftlich unterlegten Verfahren umfassen. Wichtig ist uns eine hohe Gewichtung der systemischen bzw. soziologischen Sichtweise psychischer Probleme und Lösungsansätze. Hier sehen wir deutlichen Nachbesserungsbedarf bei den Vorschlägen des Bundesgesundheitsministeriums. Noch stärker als bei anderen Gesundheitsberufen geht es bei der Psychotherapie um Fertigkeiten als um Wissensreproduktion. Daher ist ein stärkerer Fokus auf praktische Inhalte und Selbsterfahrung schon im Studium zu legen.

Die gemeinsame Ausbildung von künftigen Kinder- und Jugendtherapeut*innen und psychologischen Psychotherapeut*innen bedeutet ungeachtet des Berufsnamens nicht, dass eines der beiden Berufsbilder verschwindet. Bislang liegt noch kein Konzept des Bundesgesundheitsministeriums zur Ausgestaltung der Weiterbildung vor, sodass weder die Inhalte, noch die weiterbildenden Institute feststehen (Stand 11.08.2017). DIE LINKE fordert, dass unabhängig vom Ausbildungsort vor allem therapeutische Fertigkeiten vermittelt werden und dabei selbstverständlich mit Praktikerinnen und Praktikern gearbeitet und der Praxisanteil einen großen Teil der Weiterbildung einnimmt. In der Weiterbildung findet eine Schwerpunktwahl statt, sodass hier speziell die Kinder- und Jugendpsychotherapie als Weiterbildungsziel ausgewählt werden kann.